

Die Danziger Zeitung erscheint täglich zweimal; am Sonntage Morgens und am Montage Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettchergasse Nr. 4) und auswärts bei allen Königl. Post-Amtleuten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inland nehmen an: in Berlin: A. Neumann, in Leipzig: Eugen Fort, G. Engler, in Hamburg: Haasenstein & Vogler, in Frankfurt a. M. Säger'sche, in Elbing: Neumann-Hartmanns Buchhdlg.

Danziger



Zeitung.

Amtliche Nachrichten.

Se. Maj. der König haben Allergnädigst geruht: dem Kaufmann und Schiffsbauer Joach. Christ. Daniel Dreyer in Altona den Charakter als Commerzienrath zu verleihen.

Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angelommen 12 Uhr Mittags.

Paris, 30. Jan. Ein kaiserliches Dekret verbietet die Einfuhr und den Transit wiederlaufender Thiere, wie die Einfuhr von Erzeugnissen und Abgängen solcher Thiere aus Preußen und Rheinbahren in Frankreich.

Florenz, 30. Jan. Der Senat beschloß, den Admiral Persano wegen Ungehorsams, Unüberlegtheit und Nachlässigkeit in Anklagezustand zu versetzen. (Vergl. tel. Nachrichten.)

(W.T.S.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Kiel, 29. Jan. Der größere Theil der städtischen Deputirten ist wegen seiner Nichtbetheiligung an der Festigungsfeier in Folge einer Verfügung des Oberpräsidenten aufgefordert worden, binnen 8 Tagen hierüber eine motivirte Erklärung abzugeben.

Dresden, 29. Jan. Die „Const. Bg.“ erklärt die Nachricht, Freiherr v. Werthern sei zum preussischen Gesandten am hiesigen Hofe ernannt, für irrig und fügt hinzu, daß in der Vertretung Preußens bis zur definitiven Constitution des Norddeutschen Bundes keine Aenderung eintreten werde.

Altona, 29. Jan. Wie die „Alt. Nachr.“ glaubwürdigsten Vernehmen nach melden, ist während der Anwesenheit des Freiherrn v. Belding in Berlin die für Schleswig wichtige Entscheidung getroffen worden, daß der Sitz der Regierung ebenfalls, auch wenn eine Vereinigung der Regierungen von Schleswig und Holstein stattfinden sollte, in der Stadt Schleswig verbleiben werde.

Hamburg, 29. Jan. Die Norddeutsche und die Vereinsbank introduziren heute die von der vorjährigen Generalversammlung der Altona-Kieler Eisenbahn-Gesellschaft genehmigte Prioritätsanleihe im Betrage von 2½ Millionen Thalern. Dieselbe ist mit 5 Procent zu verzinsen und innerhalb 49 Jahren zurückzuführen. Vom 2. Januar 1872 ab sollen die Verlosungen pari beginnen.

Paris, 29. Jan. Der „Moniteur“ meldet: Der Kaiser machte gestern einen Spazierritt über die Boulevards und Quais und wurde von dem Publikum überall mit lebhaftem Enthusiasmus begrüßt.

Florenz, 28. Jan. Der Senat hat in geheimer Sitzung über den Prozeß Persano verhandelt. Die aufgestellten Anklagepunkte lauten auf Freigebit, unüberlegtes Handeln und Ungehorsam. In Betreff des ersten Punktes beschloß der Senat mit 71 gegen 60 Stimmen, daß kein Grund zu richterlichem Verfahren vorliege. Morgen wird über die anderen beiden Punkte verhandelt werden.

Stockholm, 28. Jan. Der königlich preussische Gesandte am hiesigen Hofe, Freiherr v. Rosenberg, hat sich vorgelesen in Folge telegraphischer Weisung nach Stuttgart begeben, um wie es heißt, den dortigen Gesandtschaftsposten zu übernehmen. Ueber seinen Nachfolger am hiesigen Hofe verlautet noch nichts.

London, 28. Jan. Aus New-York vom 26. d. Morgens wird pr. atlant. Kabel gemeldet: Der Präsident hat die Bill genehmigt, nach welcher der Congress am 4. März d. J. wieder zusammentritt. (Course sind nicht gemeldet.)

London, 29. Jan. Aus New-York vom 22. d. wird pr. atlantisches Kabel gemeldet: Das Repräsentantenhaus hat eine Bill angenommen, durch welche die Regierung ersucht wird, ihre Verläufe von Gold öffentlich und an den Meistbietenden vornehmen zu lassen.

Frankfurt a. M., 28. Jan. Abendgeschäft ziemlich lebhaft. Amerikaner 76½, Oester. Credit-Aktien 149½, 1860er Loose 65½, National-Anleihe 51½, 5½ Anl. von 1859 58½.

Frankfurt a. M., 29. Januar. Bei Abgang der Depesche wurden gehandelt: Amerikaner 76½ Gd., National-Anleihe 51½, Credit-Aktien 149, 1860er Loose 65½, 1864er Loose 71½, Wien 89½, Bapierische Prämien-Anleihe 101½. Die Haltung war eine feste.

Wien, 29. Januar. Abendbörse. Schwankende Haltung. Credit-Aktien 166,80, Nordbahn 163,50, 1860er Loose 86,40, 1864er Loose 80,60, Staatsbahn 207,20, Czernowitzer 185,25, Napoleondor 10,52.

London, 29. Jan. Aus New-York vom 28. d. Abds. wird per atlantisches Kabel gemeldet: Wechselkurs auf London in Gold 109, Goldagio 34½, Bonds 107½, Illinois 112, Eriebahn 54½, Baumwolle 34, Raffinirtes Petroleum 30. — Es herrschte Panique an der Fondsbörse.

Landtagsverhandlungen.

60. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 29. Januar. Erster Gegenstand der T. D. ist die Fortsetzung des Berichts der Budget-Commission über die allgemeinen Rechnungen von 1859—1863. — Finanzminister v. d. Heydt: Die Budget-Commission hat in ihrem Antrage auf die Instruction der Oberrechnungskammer hingewiesen, welche im J. 1862 meinerseits extrahirt worden ist, um den Wünschen des Hauses entgegenzukommen. Eine fernere Erweiterung derselben steht in untrennbarem Zusammenhange mit denjenigen Fragen, deren Erledigung dem Oberrechnungskammer-Gesetz vorbehalten ist. Diese Angelegenheit ist schon vor Eröffnung dieser Session der Verathung des Ministeriums unterbreitet worden. Die Thätigkeit desselben wurde aber durch die dringenden Fragen der Gegenwart so sehr in Anspruch genommen, daß die Erörterung solcher Gesetzentwürfe, welche innere Fragen betreffen, vertagt werden mußten. So bin ich denn heute noch nicht in der Lage, mich eingehend darüber zu äußern und möchte ergebenst anheimstellen, ob nicht bei dem nahen Schluß der Session die fernere Erörterung bis zur nächsten Session zu vertagen ist.

Abg. v. Vinde (Hagen): Es ist richtig, daß alle Abweichungen von dem Staatsgesetz zur Cognition des Hauses kommen müssen. Die Commission will aber weiter gehen und diese Controle auf die Abweichungen von den Unterlagen des Staatsgesetzes ausdehnen, welche in der Gesetzsammlung gar nicht publicirt werden und nur hier zu unserer Verathung dienen. Diese Dinge sind aber reine Verwaltungsmassregeln und deswegen will ich nicht, daß Cabinetsordres darüber zur Cognition des Hauses kommen, da dadurch nur Unzuträglichkeiten hervorgerufen werden würden. (Abg. v. Vinde stellt ein darauf bezügliches Amendement.)

Die Abgg. v. Bodum-Dolffs und Pascher sprechen für den Commissionsantrag, der Abg. Michaelis meint, man könne die Verathung vertagen, wenn die Regierung Aussicht mache auf die Vorlegung eines Ober-Rechnungskammer-Gesetzes. Dem widerspricht der Abg. v. Hoverbed. — Ref. Abg. Dr. Birchow: Der Art. 104 der Verf. enthält in seinem zweiten Alinea die Bestimmungen über die Staatsüberschreitungen und über die allgemeine Rechnung über den Etat. Im Hause ist beides immer nur zusammen vorgekommen und so hat sich die Meinung gebildet, als habe das Haus weiter kein Recht, als von den Überschreitungen Kenntniß zu verlangen. Das sind jedoch zwei ganz verschiedene Dinge. Die Staatsüberschreitungen müssen schon erledigt werden, bevor die allgemeine Rechnung festgestellt werden kann. In Bezug auf letztere haben wir früher gar keinen Anhaltspunkt gehabt, um zu wissen, ob sich die Verwaltung innerhalb der festgesetzten Grenzen gehalten hat. (Wegen der großen Unruhe, namentlich auf der rechten Seite, pausirt der Redner.) — Ich bitte den Hrn. Präsidenten, die Herren (rechts) zu ersuchen, ihre Unterhaltung wenigstens in anderer Weise zu führen, da es mir sonst unmöglich ist, meiner Pflicht als Referent zu genügen.

Präs. v. Fockenberg (nach rechts): Ich muß dringend um Ruhe bitten, da der Hr. Referent wirklich nicht sprechen kann.

Abg. Birchow: Im J. 1862 bestand das Haus darauf, daß die Oberrechnungskammer sich äußerte und da hat denn das Haus von vielen Abweichungen Kenntniß erhalten. So lange dazu aber eine Möglichkeit existirt, so lange ist das ganze Staatsgesetz eine Fiktion. Wenn also im J. 1862 der Minister der landwirthschaftl. Angelegenheiten die Überschreitung des Extraordinarii mit 2727 R aus dem Fonds zur Förderung der Landeskultur, also aus dem Ordinarium deckt, und dies Verfahren durch eine einfache Cabinetsordre justifizirt werden kann, so ist das eben ein durchaus unzulässiges Virement. Die Oberrechnungskammer begnügt sich mit einer einfachen Cabinetsordre. Allerdings kann man ihr Verfahren nicht sehr angreifen bei ihrer sehr schwierigen Lage in Folge unserer unklaren Gesetzgebung; deswegen müssen wir dafür sorgen, daß diesem Zustand so schnell als möglich ein Ende gemacht wird. Die Vorlegung der Jahresrechnungen ist in dem Indemnitätsgesetz vorbehalten; diese müssen aber mit Bemerkungen der Oberrechnungskammer versehen sein und es ist nicht gleichgültig, wann diese anfangen wird, ihren bisherigen Modus zu ändern. Je früher dies geschieht, desto schneller wird das bisherige unbillbare Verhältniß aufgehoben. Wenn i. J. 1862 das Oberrechnungskammer-Gesetz zu Stande gekommen wäre, so wäre es geschehen unter einer unvollkommenen Kenntniß des Verfahrens derselben. Die Streitigkeiten über diesen Punkt seit 1862 haben eine Menge von neuen Thatsachen zu unserer Kenntniß gebracht und wir sind jetzt schon in einer ganz anderen Lage; nehmen Sie aber den ganzen Commissionsantrag an, so wird diese Kenntniß noch sehr erweitert werden. Der Abg. v. Vinde hat der Commission den schweren Vorwurf gemacht, als wolle sie wieder einen Conflict heraufbeschwören. Der Hr. Abg. scheint hier wirklich kaiserlicher zu sein als der König; denn die Regierung hat die Sache gar nicht so aufgefaßt, sondern ausdrücklich zugesprochen, daß die Existenz dieser Ordres in Bezug auf das Recht der Landesvertretung gar nichts ändert. Dann aber sagte der Herr Abg., die Sache habe gar nichts auf sich und die Ordres sollten die Verwaltungsgeschäfte gegenüber der Oberrechnungskammer sicher stellen. (Abg. v. Vinde (Hagen) ruft: sehr richtig!) (Heiterkeit.) Wenn der Hr. Abg. dies für „sehr richtig“ hält, so hätte er sich gestern seine Bemerkungen ersparen können. (Links: sehr richtig! Heiterkeit.) Indem aber die Commission die Differenzen in Betreff des Staatsschatzes nur ganz leise berührt, hat sie der Stimmung des Hauses Rechnung getragen. Aber wenn man bestehende Konflikte bei Seite läßt, so hat man die Pflicht, ihrer weiteren Entwicklung für die Zukunft vorzubeugen. Der Antrag der Commission hat den Zweck, dem Hause gegenüber der Oberrechnungskammer eine klare Position zu geben und somit die Differenzen abzuschließen. Wenn der Abg. für Hagen das aber für einen Eingriff in die Rechte der Krone hält, so hätte ich diese Meinung kaum für möglich gehalten. Wir wollen nur einen Rest von vormärzlichem Absolutismus beseitigen und die Krone von einer ungerechtfertigten Last befreien, welche vor 1850 noch gegesigliche Bedeutung hatte, jetzt aber nur eine Formalität gegenüber der Oberrechnungskammer ist. (Bravo links.)

Abg. v. Vinde (Hagen): Der Hr. Ref. hat gefunden, daß ich kaiserlicher bin als der König; ich habe aber meinen Antrag nur gestellt, weil der Gegenstand eben für die Rechte der Landesvertretung von keiner Bedeutung ist.

Abg. Michaelis (Stettin): Da der Hr. Finanzminister keine Erklärung über die Vorlage eines Oberrechnungskammer-Gesetzes abgegeben hat, so bin ich nicht in der Lage gewesen, einen Verathungsantrag zu stellen und werde für die Anträge der Commission stimmen. — Bei der Abstimmung

wird Nr. 1. des Commissionsantrages angenommen; dafür stimmen auch einige Conservative. Das Amendement v. Vinde wird abgelehnt und auch Nr. 2 des Commissionsantrages angenommen; (dafür stimmen auch die Abgg. v. Fock, Gaertner und Hagen).

Zweiter Gegenstand der T. D. ist der Bericht, betr. die Uebernahme einer Zinsgarantie des Staates für das Anlage-Capital einer Eisenbahn von Köslin nach Danzig. Die Commission haben der ursprünglichen Regierungsvorlage einen besondern § 2 eingeschoben, dem Inhalte dieses Paragraph gemäß die Ueberschrift des Gesetzes geändert und beantragen danach demselben in folgender Fassung die Zustimmung zu erteilen:

„Gesetz, betr. die Uebernahme einer Zinsgarantie des Staates für das Anlagecapital einer Eisenbahn von Köslin nach Danzig und die Verträge über Zinsgarantien für Eisenbahnen im Allgemeinen. § 1. Der Berlin-Stettiner Eisenbahngesellschaft wird Behufs Uebernahme des Baues und des Betriebes einer Eisenbahn von Köslin nach Danzig die Garantie des Staates für einen jährlichen Reinertrag von drei und einem halben Procent des in diesem Unternehmen anzulegenden Capitals bis zur Höhe von 10 Millionen R nach näherer Maßgabe des beigebrachten, unterm 21. Novbr. 1866 mit dem Directorium der Gesellschaft abgeschlossenen Vertrages hiermit bewilligt. § 2. Eine Abänderung oder Aufhebung der vom Staate mit Eisenbahn-Gesellschaften abgeschlossenen Garantie-Verträge oder zwischen dem Staate und Eisenbahn-Gesellschaften festgestellten Bedingungen von Zinsgarantien, namentlich eine Veräußerung der aus denselben dem Staate zustehenden Ansprüche auf Einnahmen oder eines Theiles derselben, oder ein Verzicht des Staates auf solche bedarf zur Rechtsgiltigkeit der Zustimmung beider Häuser des Landtags.“

Zugleich beantragt die Commission, die auf diese Vorlage bezüglichen Petitionen für erledigt zu erklären.

Abg. Sanders (für Ablehnung des § 2) versteht die Uebersicht nicht, mit der die große liberale Partei jede Gelegenheit benutze, um ganz unzweifelhaft feststehende, sichere Rechte des Landes immer aufs Neue zu declariren. Die Zugend ihres parlamentarischen Lebens führe sie dazu, ihre Partei mit der Wahrheit zu identifiziren; ein Compromiß aber, sei ein wichtiger Factor im politischen Leben, sei hier um so mehr am Plage, wo starres Verharren zur Verletzung wichtiger materieller Interessen des Landes führe.

Abg. Pascher: Als über den Vertrag mit der Köslin-Mindener Eisenbahn verhandelt wurde, empfahl die Commission dem Hause, ihm so lange die Rechtsgiltigkeit abzuspochen, bis die Genehmigung des Landtages eingeholt sei. Nach Beendigung des Conflicts schien es mir angemessen, auf den Gegenstand in milderer Weise zurückzukommen. Andere Zeiten, andere Väter! Fortiter in re, suaviter in modo glaube ich, wäre die Sache am besten zu behandeln. Da wir weiter nichts in Händen hatten, als Resolutionen und Beschlüsse, so mußten wir uns damit begnügen, und mit den entsprechenden Thaten warten, bis eine Gelegenheit dazu sich böte. Eine solche Gelegenheit liegt heute vor. Ich glaube Resolutionen, von denen die Regierung keine Notiz nimmt, müssen die Würde dieses Hauses vermindern. Der Hr. Finanzminister hat es auch nach unserm zweiten Beschlusse in Sachen der Köslin-Mindener Eisenbahn nicht für nöthig gehalten, auch nur eine Erklärung darüber abzugeben. Jetzt nun sind wir in der Lage, die Warnung geltend zu machen, die wir damals ausgesprochen haben. Wer Ihnen auch heute noch anrath, sich mit einer Resolution zu begnügen, würde sich nur in eine sehr schlimme Position begeben. Man würde ihm antworten: „Wenn Ihr nur das Geld gebt, so könnt Ihr sprechen, was Ihr wollt!“ Es ist von allen Seiten zugestanden, daß die Veräußerung von Staatsvermögen, wie es gesetzlich festgestellt ist in Garantievermögen, nicht geschehen darf durch die Regierung ohne Genehmigung der Landesvertretung. Ich habe wenigstens bei Gelegenheit beider Anträge keine einzige Gegenansicht hervortreten sehen; sogar der Hr. Finanzminister hat etwas schäutern es ausgesprochen, daß so etwas nicht mehr vorkommen werde. Meinen Anträgen war nur entgegen gestellt worden, daß die Sache der Köslin-Mindener Eisenbahnen abgeschlossen und todt sei. Nun, heute haben Sie dafür eine sehr lebendige, drängende, brennende Frage. Ich meine allerdings nicht, daß von der Ablehnung unseres heutigen Antrages die Folge die sein wird, daß wir unser verfassungsmäßiges Recht aufgegeben hätten. Aber mit der bloßen Negative können wir uns nicht begnügen, wir müssen positive Befestigungen des bereits bestehenden Rechtes fordern. Ich würde nie zu einer solchen Bestimmung gekommen sein, wenn nicht die Negative der Regierung uns dazu anforderte. Für mich besteht nur die einfache Frage: ist es verfassungsmäßig Recht in Preußen, daß Garantieverträge nicht durch Gesetz aufgehoben werden dürfen? Es ist schon zugestanden worden, daß wenn dieselben durch Gesetze zu Stande gekommen sind, sie auch nur durch Gesetze abgeändert werden dürfen. Nun sind aber alle Garantieverträge bei uns bis auf 3 durch Gesetze zu Stande gekommen, und jene 3 nur aus dem Grunde, weil dieselben vor 1850 entstanden sind. Garantien und Anleihen sind immer auf gleiche Linie gestellt worden. Demnach tragen alle Garantieverträge, welche gegenwärtig von Preußen übernommen sind, den Charakter von Institutionen an sich, deren Ursprung in einem Gesetze zu suchen ist. Und wenn die Regierung gegen die Bestätigung dieses Rechtes sich sträubt, so weiß ich keinen andern Grund dafür, als den, daß sie sich für die Zukunft vorbehalten will, wieder davon abzugehen. (Sehr richtig!) Ich würde daher mit einer einfachen Erklärung der Regierung zufrieden sein, mir kommt es nur auf

dem verfassungsmäßigen Rechte conforme Anerkennung an. Es liegt aber noch ein zweiter Grund für mich vor, weswegen ich diesen allgemeinen Grundsat in das Gesetz aufgenommen wissen will. Die ganze Art anseher Finanzwesen ist präjudicial für jede Finanzoperation, die wir vornehmen. Es würde mir also gar nicht gleichgültig sein, eine Garantie zu gewähren, wenn ich glaube, daß das Staatsvermögen dadurch Schaden erleiden könnte, daß die Regierung die willkürliche Verfügung über dasselbe hat. Dem zu steuern thun wir heute den ersten Schritt, bei dem es sich um Garantie handelt. In Zukunft aber werden wir uns dessen bewußt sein, daß die Finanzverwaltung nicht in solche einzelne Kapitel getheilt werden kann. — Es ist ferner vom Vorredner gesagt worden, die Landesinteressen sollten nicht abhängig gemacht werden von prinzipiellen Fragen. Wenn aber diese Apoptrophe an uns gerichtet wird, so frage ich: ist denn die Regierung bei den materiellen Interessen des Landes so unbetheiligt, daß sie uns aufordern kann, um des materiellen Interesses Willen das Prinzip fahren zu lassen? Die Regierung hat eben so gut für die materiellen Interessen zu sorgen wie wir, und ich weise daher eine solche Scheidung zwischen Executive und Volksvertretung entschieden zurück. Gerade die Regierung hat sich ernstlich zu überlegen, ob sie der Aufrechterhaltung eines Prinzips wegen, das von ihren Freunden selber nicht anerkannt wird, die materiellen Interessen des Landes schädigen will. Es ist möglich, daß sie den Ausfall unserer heutigen Abstimmung als politisches Capital gegen uns benutzen kann. Aber nicht einmal mitten in den Wahlen, in denen wir uns befinden, ist das ein Grund für mich, anders zu stimmen, als ich es entwickle. Ich stehe nicht allein, wenn ich Ihnen heute anrathе, selbst die erheblichsten materiellen Interessen zurücktreten zu lassen, sobald es sich um die Wahrung eines strikten verfassungsmäßigen Rechtes handelt. Ich knüpfe dabei an die Männer, die auf dem vereinigten Landtage zuerst die Interessen des Landes vertraten; ich erinnere namentlich an Herrn v. Vinde, der bei der Vorlage über die Ostbahn feierlich erklärte, daß man die materiellen Interessen nicht unabhängig von den ewigen Rechtsprinzipien behandeln dürfe; ich erinnere an einen anderen liberalen Abgeordneten von etwas blasserer Färbung als Hr. v. Vinde zur Zeit war, den Hr. v. Chyner, der gleichfalls ansprach, zuerst müssen die Prinzipienfragen entschieden werden. Sie sehen also, daß Ihnen heute nichts Neues zugemuthet wird. Vergessen Sie nicht die schönen Anfänge unseres freiheitlichen Lebens! Wir müssen die materiellen Interessen fördern überall, wo wir es können, aber wir müssen uns von ihnen abwenden, wo das höchste Recht des Landes in Frage gestellt wird. (Lebhaftes Bravo.)

Abg. Dr. Glaser: Die Gelegenheit ist nicht dazu angethan, um diese constitutionelle Frage zum Austrag zu bringen. Ich gebe gern zu, daß die Rdn.-Mindener Eisenbahn-Angelegenheit sich sehr dazu eignet, um eine nähere Erklärung und Interpretation der bezüglichen Bestimmungen der Verfassung herbeizuführen; aber eine derartige Frage hier entscheiden zu wollen, dazu ist dies Gesetz nicht der geeignete Ort. Es ist überhaupt nicht zweckmäßig, Verfassungs-Erklärungen Spezial-Gesetzen einzuverleiben. Es handelt sich hier um die Bedürfnisse des Landes, und diese dürfen des einen Paragraphen wegen nicht aufs Spiel gesetzt werden. Redner wendet sich dann zum materiellen Inhalt des Gesetzes, das nicht bloß einer Provinz, sondern dem ganzen Staate zum Vortheile gereicht.

Handelsminister Graf Henpliz führt aus, daß die Eisenbahn Danzig commercieell wichtig sei, weil sie eine neue Linie von Danzig nach Hamburg eröffne. Eine finanziell sei sie wichtig, weil die Garantie geringer werden würde, wenn diese Strecke ebenfalls fertig sei. Er sei allerdings im Allgemeinen gegen Garantien, aber hier liegen besondere Verhältnisse vor. Es sei ihm unerwartet gewesen, daß man hier eine staatsrechtliche Frage entscheiden wolle. In der Sache selber will ich — fährt er fort — weder pro noch contra sprechen; aber das muß ich doch sagen, wenn die Sache wirklich nach der Verfassung so klar stünde, wie behauptet wird, so würde ja gar kein Grund vorliegen, das hier noch besonders auszusprechen. Es wird aber eine Ergänzung für wünschenswerth gehalten, und diese Ergänzung soll für den ganzen preuß. Staat generell bei Gelegenheit eines Gesetzes über eine nur kleine Eisenbahn ausgesprochen werden. Das ist nicht bloß nicht elegant, das ist eine gesetzliche Ungeheuerlichkeit, und die Regierung kann, was ich hiermit Namens derselben erkläre, den Paragraphen in dieser Allgemeinheit sich auf keine Weise gefallen lassen. Es würde gegen alle Theorie und alle Praxis des Rechtslebens verstoßen. Die Regierung wird gewiß ihrerseits nichts thun, was dem Zustandekommen dieses nöthigen Gesetzes hinderlich sein könnte; sie ist also damit einverstanden, an den einzigen Punkt, der hier eine Anknüpfung gewähren kann, anzuknüpfen, und hat demgemäß gegen die Annahme des Amendements v. Vinde nichts zu erinnern. Sollte das Haus bloß die Resolution annehmen wollen, so würde sich die Regierung auch das gefallen lassen. Wenn dem ungeachtet Sie den § 2 aufrecht erhalten, dann ist es, glaube ich, nicht die Regierung, welche Schuld trägt an dem Scheitern des Gesetzes, sondern dann haben es die zu verantworten, die um einer Theorie willen, die hier auszusprechen nicht einmal der rechte Ort ist, eine nützliche Sache fallen lassen. Die Theorie ist gut und muß vertheidigt werden, dagegen habe ich nichts; aber wenn man um einer Theorie willen das Wohl des Landes opfern will, dann gestatten Sie mir, daran zu erinnern, daß von der Theorie Niemand satt und wohlhabend wird. Ich aber habe dafür zu sechten, daß der Wohlstand des Landes sich mehre.

Abg. Graf Blumenthal betont die Nothwendigkeit der fraglichen Bahnstrecke im Interesse der Landwirthschaft, des Handels und der Industrie in Hinterpommern. — Abg. v. Denzin: Keine Provinz ist in Betreff der Eisenbahnen so vernachlässigt, wie gerade die Provinz Pommern, und das Bedürfnis danach wird sehr schwer empfunden. Der Weiterbau der Bahn von Cöslin nach Danzig ist schon im J. 1857 versprochen worden und ist für den Landbau und die Industrie durchaus nöthig. — Abg. Weise erklärt sich gegen den § 2 der Commissions-Vorlage.

Abg. v. Vinde (Hagen): Der Abg. Lasler ist mit Unrecht der Meinung, daß ich von meiner früheren Ansicht abgewichen sei; es ist mir nicht eingefallen, die Rechte des Landes Preis zu geben, die ich für vollständig begründet und über allen Zweifel erhaben halte. Die Situation auf dem vereinigten Landtage war aber eine ganz andere; damals wurden die Rechte der Volksvertretung bestritten; deshalb bewilligte man keine Garantie und keine Anleihe. Jetzt besteht aber die Verfassung, welche die Rechte der Landesvertretung ganz klar enthält und von der Regierung anerkannt wird. Ich würde glauben, dem Rechte der Landesvertretung etwas zu vergehen, wenn ich für die allgemeine

Fassung der Commission stimme. Denn wenn man ein unzweifelhaftes Recht bei jeder Gelegenheit declarirt, so ist dies eine Abschwächung des Rechtes; man erweckt den Anschein, als ob man es selbst nicht für sicher hält. Ich empfehle Ihnen deshalb mein Amendement, mit dem sich zu meiner Ueberraschung der Handelsminister einverstanden erklärt hat.

Abg. Dr. Löwe: Das Amendement Vinde hat allerdings eine gewisse Berechtigung und ich werde auch dafür stimmen, falls der § 2 nach der Commissionsfassung abgelehnt wird. Ich bin aber der Meinung, daß eine practische Verfassungs-Interpretation bei jedem Gesetz, bei jeder Gelegenheit gegeben werden muß, damit es klar werde, wie sich die Staats-Regierung dazu verhält. Warum sträuben Sie sich denn da gegen (zur Rechten gewandt), wenn Sie so thun, als ob Sie prinzipiell dafür wären? Ich kann keinen andern Grund finden, als daß Sie nicht wollen, daß Klarheit in die Sache komme. Daß der Herr Handelsminister erklärt, „die Regierung werde sich die Resolution gefallen lassen“, finde ich sehr erklärlich: denn die Regierung findet sich durch solche Beschlüsse des Hauses bekanntlich nicht gebunden.

Redner spricht alsdann gegen die Binsgarantien überhaupt, die den Charakter der Staatsschuld an sich tragen. Dazu komme, daß dadurch ein Landestheil vor dem andern benachtheiligt werde. Solche Verpflichtungen könnten zur Zeit einer Krisis sehr drückend sein. Vom Staate könne man nur verlangen, daß er die Verkehrseinschränkungen aufhebe; möge er die Schwierigkeiten der Circulation des Geldes durch die Aufhebung des Bankmonopols beseitigen und der Entwicklung des Wohlstandes nicht durch die Hinderung der Privatbanken entgegen treten, so daß es uns möglich wird, wenn es nöthig ist, so viel Mittel flüssig zu machen, wie dies in großartiger Weise in Amerika geschehen ist; damit wir, wenn wir z. B. im letzten Kriege Unglück gehabt und der Krieg länger gedauert hätte, in unserer finanziellen Verlegenheit nicht zu dem elendesten Auskunftsmitel des Papiergeldes zu greifen gezwungen hätten. Es ist nicht wohl angebracht für eine Landesvertretung, den großen Wohlthätern spielen zu wollen, und dem Staate dadurch schwere Lasten aufzuerlegen, die ihn zur Zeit einer Krisis erdrücken können. (Beifall links.)

Handelsm. Graf Henpliz: Wenn der Hr. Vorredner spricht von der Bevorzugung einer Provinz vor der andern, so ist dies vollständig ungerechtfertigt; von einer Bevorzugung ist gar nicht die Rede. Habe ich denn Garantien beantragt für die Ostpreussische Südbahn oder für die Tilsit-Interburger Bahn? Nein, sondern ich habe die Privat-Industrie und das ausländische Kapital dort wirthschaften lassen. Bei der hier fraglichen Bahn ist übrigens nicht nur die Prov. Pommern, sondern auch die Prov. Preußen theilhaftig. Die Staatseinkünfte sind allerdings gemeinsames Eigenthum aller Provinzen; die Steuern bringen aber mehr ein, wenn ein Land reich ist. Wenn man nun Provinzen hat, wo viele Reichthümer schlummern, wie Pommern und Westpreußen, so liegt es nicht nur im Interesse der Provinzen, sondern auch des Staatsfideles, dort zu melioriren. Das ist keine Wohlthat, sondern die richtige Operation eines guten Hausvaters. Ich bin überzeugt, daß, wenn man für die Interessen der Provinz Pommern etwas thut, sich dies nicht mit 5 Prozent, sondern mit 100 Prozent verginsen wird. (Beifall rechts.)

Bei § 1 empfiehlt der Ref. Abg. Becker die Annahme. Er bemerkt dabei: So schlimm, wie einige pommersche Abgeordnete die Sache darstellen, steht es aber doch nicht mit der Vernachlässigung Pommerns; in Pommern kommt schon auf 10 Quadratmeilen eine Meile Eisenbahnlänge, in der Prov. Preußen aber erst auf 14 Quadratmeilen; und von den Opfern im Betrage von 880,000 R., die der Staat jährlich als Zuschuß für schlecht rentirende Eisenbahnen zu zahlen hat, werden für die Provinz Pommern allein 800,000 R. verausgabt. — § 1 wird darauf mit großer Majorität eventuell angenommen.

Zu § 2 der Commissionsvorlage hat der Abg. v. Vinde folgenden Antrag gestellt: „Eine Abänderung oder Auflösung des vom Staate mit der Berlin-Stettiner Eisenbahn-Gesellschaft abgeschlossenen Garantievertrages, namentlich eine Veräufserung, u. s. w.“

Abg. Twisten: Es handelt sich hier um die Anwendung der Verfassung auf einen speciellen Fall, nicht um eine Declaration, sondern um die Verhinderung einer falschen Auslegung. Bei allen früheren Garantien haben wir eine solche Klausel nicht für nöthig gehalten, da aber die Regierung bei der Rdn.-Mindener Angelegenheit unser Recht in einem mit Millionen ins Gewicht fallenden Falle nicht geachtet hat, so kann man und legt nicht vorwerfen, daß wir an Theorien haften. Da die Regierung aber sich Uebergriffe erlaubt und noch nicht zugestanden hat, daß sie diesen Grundsat aufgeben will, bleibt uns nichts übrig. Man könnte sagen, die Annahme des Antrages v. Vinde genüge, da damit in diesem Falle das Recht des Landes gewahrt werde, wir müssen aber jede practische Gelegenheit benutzen, um verfassungswidrige Grundsätze zu bekämpfen. Gegen die Annahme der Resolution muß ich mich erklären. Wir haben in der Rdn.-Mindener Frage auch eine Resolution gefaßt; sie ist erfolglos geblieben. Lassen wir dem blinden Schuß jetzt einen scharfen Schuß folgen.

Abg. Graf Schwerin bemerkt dagegen, daß dieser Schuß das Land treffe, welches dadurch geschädigt werde.

Ref. Abg. Dr. Becker: Ich schließe mich zunächst ganz den Ausführungen des Abg. Twisten an. Man kann zugeben, daß dies Gesetz ein abnormes ist; es ist aber durch das abnorme Verhalten der Regierung nothwendig geworden. (Sehr richtig! links.) Aber der Paragraph wendet sich nicht nur an die Regierung, sondern auch an die Leute, welche kommen sind, auf Kosten des Rechts Privatgeschäfte zu machen. (Bravo!) Die Commission hat geglaubt, sich nicht auf die spezielle Frage beschränken zu dürfen, sondern das Prinzip klar stellen zu müssen. In Betreff der Amendements würde ich mich für den Fall der Verwerfung für das Amendement v. Vinde erklären, für die Resolution dagegen kann ich mich nicht aussprechen.

§ 2 des Commissions-Antrages wird bei namentlicher Abstimmung mit 152 gegen 133 Stimmen verworfen. (Gegen ihn stimmen mit den Conservativen und Ultraliberalen die Abgg. Schmidt (Randow), Koepell, Stavenhagen und die Polen; für ihn die Katholiken, die Fortschrittspartei, die nationale Fraction und das linke Centrum.) Darauf wird das Amendement v. Vinde mit großer Majorität angenommen, desgleichen § 3 („Unser Finanzminister u. s. w. wird mit der Ausführung beauftragt“) und schließlich unter dem Beifall der Rechten das ganze Gesetz mit der durch das Amendement v. Vinde bedingten Aenderung der Ueberschrift. (Für das ganze Gesetz stimmen u. A. auch v. Hoyerbed und Twisten.) — Der von dem Handelsminister vorgelegte Gesetzentwurf, betr. die Uebernahme des Postrechts des Hauses Thurn und

Taxis, incl. Gebäude und Inventar, gegen eine Entschädigung von 3 Millionen Thaler, wird einer Commission überwiesen. Nächste Sitzung Mittwoch.

Berlin, 29. Jan. Der König arbeitete heute mehrere Stunden mit Graf Bismarck, v. Roon und v. Savigny. General v. Manstein ist heute nach Schleswig zur Vertretung des Generals v. Manteuffel abgereist.

— Das conf. „N. Allg. Volksbl.“ schreibt: Die Beurlaubung des Generals v. Manteuffel erregt natürlich großes Aufsehen, da man wohl nicht mit Unrecht wichtige militärische und politische Gründe hinter dieser Thatsache vermutet. Die Beurlaubung des Generals fällt mit der Einverleibung der Herzogthümer zusammen, die die Funktionen des General-Gouverneurs in die eines commandirenden Generals verewandelt hat. Daß General v. Manteuffel General-Adjutant des Königs bleibt, dürfte die Wichtigkeit dieser Personaländerung nicht abschwächen, da die General-Adjutanten auf Lebenszeit ernannt werden, Hr. v. Manteuffel aber aus der Zahl der diensthelfenden General-Adjutanten ausscheidet.

— Der Reg.-Rath Bredow in Frankfurt a. O. hat den Auftrag erhalten, sich an Ort und Stelle über die Ertragsfähigkeit der Domänen des vormaligen Königreichs Hannover zu orientiren, weil dieselben vom 1. Mai d. J. ab nicht, wie bisher üblich, unter der Hand, sondern nach preussischen Grundsätzen an die Meistbietenden verpachtet werden sollen.

— Von Seiten der atlantischen Kabel-Gesellschaft wird die bereits ausgesprochene Vermuthung bestätigt, daß das Ausbleiben der New Yorker Telegramme seit dem 22. d. M. nicht in Dienstuntauglichkeit der Kabel, sondern in Störungen der Landlinien auf Neufundland zu suchen sei. Schwere Schneefälle haben daselbst und bei Cap Breton auf Neuschottland die Stangen niedergeworfen. Das letzte bekannte Telegramm aus New York war hier am 22. Nachmittags eingetroffen.

Frankreich. Paris, 26. Jan. Das „Memorial diplomatique“ widerlegt heute die Nachricht der amerikanischen Blätter, denen zufolge der Kaiser Maximilian, falls der Congress, der am 1. Februar in Mexico zusammentritt, sich für die Republik erklärt, als Candidat zur Präsidentschaft auftreten wolle; wenn das Kaiserreich vor dem Congresse keine Gnade finde, so sei er entschlossen, abzudanken.

Danzig, 30. Januar. (Stadtverordneten-Sitzung am 29. Januar.) Vorsitzender Hr. Comm.-Rath Bischoff; Vertreter des Magistrats die Hh. Bürgermeister Dr. Einz, Stadträthe Hirsch, Strauß und Döschewski. Vor der Tagesordnung spricht Hr. Dr. Löwin den Wunsch aus, über einen für die geheime Sitzung reservirten Gegenstand, die Wahl eines Bezirksvorstehers betr., in öffentlicher Sitzung zu verhandeln. Grund hierzu gebe ihm die beklagenswerthe Theilnahmslosigkeit, welche die Bürgerschaft für die von dem betr. Ausschusse anberaumten Vorberatungen zeige. Bei Einlegung dieses Ausdrucks habe man die Erwartung gehegt, daß die Wiltbürger bei der Wichtigkeit des Bezirksvorsteheramtes sich lebhaft für detartige Vorberatungen über die geeignete Persönlichkeiten interessieren würden; diese Erwartung sei nicht erfüllt. Trotz öffentlicher Bekanntmachungen in jedem einzelnen Falle erscheine aus dem betr. Bezirke gewöhnlich außer den Ausschußmitgliedern nur eine höchst geringe Zahl Bürger, oft auch gar keiner. Diese bedauerwerthe Thatsache wolle er in öffentlicher Sitzung constatiren. Hr. Damme bittet, den Wunsch des Hrn. Dr. Löwin abzulehnen; der Zweck der Constatirung sei bereits erreicht. Man solle die bisherige Praxis beibehalten und von dem Princip, über Personalfragen in geheimer Sitzung zu debattiren, nicht abgehen. Hr. Preßelt bestätigt den geringen Besuch dieser Versammlungen. Mehrere Male sei nur ein einziger Wähler aus dem Bezirk anwesend gewesen. Hr. Dr. Löwin zieht hierauf seinen Antrag zurück. — Hr. Damme stellt folgende Interpellation an den Magistrat: „Ist die nach öffentlichen Blättern im Abgeordnetenhaus am 15. d. M. gemachte Mittheilung des Referenten über den Bericht, betr. die Resultate der Eisenbahnverwaltung pro 1866, „daß die Commune Danzig durch Sämmtlichkeit in der Erfüllung ihrer Verpflichtung zur unentgeltlichen Hergabe des Grund und Bodens dem Bau der Eisenbahn Danzig-Neufahrwasser Schwierigkeiten bereitet hat“, richtig oder unrichtig?“ Er stelle diese Interpellation, um dem Magistrat Gelegenheit zur Aufklärung der Sache zu geben. Hr. Bürgermeister Dr. Einz erklärt hierauf folgendes:

„Die Behauptung des Berichterstatters im Abgeordnetenhaus ist meines Erachtens nicht gerechtfertigt. Es ist bekannt, daß die Ausföhrung des Baues von vorderein auf 3 Jahre berechnet war. Es ist eben so bekannt, daß die Bauverwaltung im vorigen Sommer aus politischen Gründen die Arbeiten auf äußerste eingeschränkt hat, und eine Zeitlang ganz einstellen wollte. Schon dies spricht gegen die Richtigkeit der Behauptung, daß die längere Dauer des Baues durch die Nichterfüllung der der Commune obliegenden Verpflichtungen veranlaßt sei. Aber die Bauverwaltung war in der Beschaffung des Grund und Bodens auch ganz unabhängig vom guten Willen des Magistrats. Bekanntlich wird der Grund und Boden, wo freiwillige Verhandlungen nicht zum Ziele führen, im Wege der Expropriation erworben. Die Anträge auf Expropriation hatte die Bauverwaltung zu stellen, die Königl. Regierung die Expropriation zu betreiben. Der Magistrat hatte nur die Besitzer zu fragen, wieviel sie forderten und sich über die Forderung zu erklären. Dies ist geschehen, sobald die Bauverwaltung dem Magistrat so spezielle Pläne übergeben hatte, daß das Object, um das es sich in jedem einzelnen Falle handelte, bestimmt erkennbar war. Wo längere Verhandlungen gepflogen worden sind, wie mit den Besitzern vor dem Petersburger Thor, geschah es, weil die Bauverwaltung erklärt hatte, daß sie die betr. Grundstücke nicht sofort gebrauche. Wo die Bauverwaltung das Terrain zur Fortsetzung der Arbeiten brauchte, und es war mit den Eigenthümern die Entschädigung noch nicht regulirt worden, wurde mit den Eigenthümern das Abkommen getroffen, daß die Bauverwaltung den Besitz sofort übernahm, und der Magistrat die Vergütung der später zu ermittelnden Entschädigung vom Tage der Uebergabe an verleihe. Hiernach ist die Behauptung des Berichterstatters im Abgeordnetenhaus ohne Grund.“ (Schluß folgt.)

* [Schwurgerichts-Verhandlung am 28. und 29. Jan.] Der Kaufmann Lewin Abraham Rosenberg etablirte im Jahre 1856 am hiesigen Orte ein Herren-Garderobegeschäft, angeblich durch die Mitgift von 1200 R. seiner Ehefrau Henriette Behrendt und 400 R. eigene Ersparnisse. Er führte auch Rohstoffe und Zubehören auf Lager und hat in der Zeit bis April 1864 derartige Waaren im Gesammtbetrage von ca. 34,195 R. auf Credit von vielen einzelnen Personen angeschafft. Seit dem Jahre 1863 ist Rosenberg vielfach von seinen Gläubigern verklagt worden, es waren um die Zeit bis in das Jahr 1864 hinein gegen 70 Prozesse wegen ca. 8400 R. Forderungen gegen ihn anhängig. In nur 7 dieser Prozesse hat Rosenberg durch Baarzahlung von ca. 800 R. die Execution abgewendet. Als am 30. April 1864 gegen ihn die Execution vollstreckt werden sollte, war das Eadenlocal geschloffen. Von Waaren-Vorräthen wurde nichts vorgefunden. Rosenberg ist angeklagt: a) im April 1864 einen Theil seines Vermögens bei Seite geschafft, b) in den Jahren 1856 bis 1864 seine Handlungsbücher so unordentlich geführt zu haben, daß dieselben keine Uebersicht seines Vermögenszustandes gewähren, c) am 3. Januar 1865 einen ihm auferlegten Eid wissentlich falsch abgelegt zu haben. Zu a) ist durch die Beweisaufnahme festgestellt worden: Nachdem Rosenberg am 30. April 1864 seinen Laden geschlossen hatte, wurde er am 2. Mai 1864 zum Personal-Arrest eingezogen, in welchem er bis zum 29. August 1864 festgehalten wurde; er eröffnete am 20. September 1864 in

Bekanntmachung.

In Folge Verfügung vom heutigen Tage ist heute die in Sturez errichtete Handelsniederlassung des Kaufmanns **Abraham Segall** ebendasselbst unter der Firma **A. Segall** in das diesseitige Firmenregister unter No. 144 eingetragen. (8120)

Pr. Stargardt, den 24. Januar 1867.

Königl. Kreis-Gericht.

1. Abtheilung.

Bekanntmachung.

Der Conkurs über das Vermögen des Kaufmanns **G. A. Mohrbeck** hierseits ist durch rechtskräftig bestätigten Accord beendet. Culm, den 25. Januar 1867.

Königl. Kreis-Gericht.

1. Abtheilung.

(8156)

So eben ist erschienen und bei **Th. Anbuth**, Langenmarkt 10, vorrätig:

Archiv

des

Norddeutschen Bundes.

Sammlung aller Gesetze, Verträge u. Actenstücke, die Verhältnisse des Norddeutschen Bundes betreffend.

Mit Beilagen.

Herausgegeben von

Dr. J. C. Glaser,

o. ö. Professor der Staats- und Cameralwissenschaften, Mitglied des Hauses der Abgeordneten.

Heft I.

Inhalt: 1. Reichsverfassung von 1849; 2. Friedensverträge Preussens mit den verschiedenen Staaten; 3. Besitzergreifungs-Patente; 4. Verträge wegen Beitritt zum Norddeutschen Bunde; 5. Wahlgesetz für den Reichstag des Norddeutschen Bundes; 6. Beilagen: a. Verfassung der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika; b. Bundesverfassung der Schweiz; c. Unionsverfassung von 1849; d. Entwurf der Siebzehner-Commission; e. Entwurf der Verfassung des deutschen Reichs nach dem preussischen Entwurf vom 26. Mai 1849. (8142)

Lex.-8. 10 Bogen. eleg. geh. Preis 20 Gr.

Berlin 1867.

Verlag von

Fr. Kortkamp.

In unserem Verlage ist so eben erschienen und traf in Danzig ein bei

E. Doubberck,

Langgasse 35:

Zum Gedächtniß

König Friedrich Wilhelm IV.

von Preußen.

Ältere und neuere Königslieder

von **Louise Gräfin zu Stolberg-Stolberg**, gr. 8. geh. Preis 1 R. 1/2. eleg. geb. Preis 2 R. Berlin, 20. Januar 1867. (8146)

Königl. Geh. Oberhofbuchdruckerei (N. v. Decker).

Dem resp. Publikum die Anzeige, daß zur Geschäfts- und Handelstabelle des **Danziger Wohnungs-Anzeigers** pro 1867 68 Annoncen und Geschäftsempfehlungen nur noch bis zum 5. Februar c. in der Exped. der Danziger Btg., Kettelhagergasse 5, angenommen werden.

Eine spätere Annahme ist wegen Abchlusses des Werkes unmöglich.

Danzig, den 29. Januar 1867.

(8099)

E. Giff.

Nordstern.

Lebens-Versicherungs-Actien-Gesellschaft

zu Berlin.

In der Provinz Westpreußen werden noch tüchtige Agenten unter liberalen Bedingungen zu engagiren gewünscht. Adressen werden unter Nr. 8027 in der Exp. d. Btg. erbeten.

Zum 15. Juli d. J. stehen zum Abbruch wegen Aufgabe des Geschäfts zum Verkauf in **Saviat** bei Dambe in Pommern. Eine Dampfschneidemühle (25 Pferdekraft) nebst Zubehör. Eine Straßen-Locomotive (16 Pferdekraft) nebst Zubehör. Sammelliche Gebäude und Schuppen, worunter ein neues zweistöckiges Wohnhaus, 48' lang, 30' tief, Mauersteinbauwerk mit Pappdach. Alles im J. 1863 neu erbaut. Näheres bei der Mühlen-Verwaltung daselbst. (8090)

Planen und Bretter

aller Dimensionen, stets vorrätig billigt.

Dampfmühle **Saviat** b. Dambe, Pommern.

(8090)

500 Stück gute Verladungsstücke zu haben bei

(8157)

G. A. Nehau,

Langgarten No. 115.

Astrachaner Schotenkerne u. neuen **Cablian** empfiehlt billigt

(8150)

N. Schwabe,

Langenmarkt No. 47.

Breitgasse 34, 1. Etz., ist ein anst. Rabinet zum 1. t. M. zu verm.

Auction.

Donnerstag, den 31. Januar c., Vormittags 10 Uhr, werden die unterzeichneten Mäfler die aus dem gestrandeten Dampfer „Juno“ geborgenen, zum Theil vom Seewasser beschädigten

ca. 32 Last Weizen

hier auf dem „**Gehrt-Speicher**“ lagernd, daselbst in öffentlicher Auction an den Meistbietenden verkaufen.

(8098)

Mellien. Joel.

Auction

über Schiffs-Utensilien.

Die aus dem gestrandeten Dampfer „Juno“ nach Neufahrwasser gebrachten Utensilien, als: diverse neue Segel, Schiffsboote, Laternen, Compasse, ein Fernrohr, Flaggen, Kartenkasten, ein Sonnenschild, Pressenings, Matratzen, Fussdecken, Teppiche, Spiegel, Stühle, Lampen und sonstiges Cajüten- und Küchengeschirr, eine Büchse mit zwei Pulverflaschen etc. sollen auf dem Zollamte in Neufahrwasser unversteuert gegen sofortige baare Bezahlung

am Donnerstag, den 31. Januar c.,

Vormittags 10 Uhr,

öffentlich versteigert werden, wozu ics Kustustige ergebenst einlade.

(8116)

F. G. Reinhold.

Dampfschiffs-Auction.

Der auf Hela gestrandete und von dem hiesigen Commerz- und Admiraltäts-Gericht für Wrack erklärte eiserne Schraubendampfer „Juno“, circa 600 Last gross, soll an Ort und Stelle

am Freitag, den 1. Februar d. J.,

Nachmittags 2 Uhr,

in öffentlicher Auction verkauft werden.

Die Maschine ist nach den neuesten Erfindungen derartig construirt, dass der überflüssige Dampf in frisches Wasser condensirt und in die Kessel geleitet wird. (Surface condensing engines.)

Hierzu erlaube ich mir Kauflustige mit dem Bemerken ergebenst einzuladen, dass dieselben am Auctionstage Vormittags 11 Uhr von Neufahrwasser nach dem Strandungsplatze und zurück per Dampfer befördert werden.

Danzig, den 26. Januar 1867.

(8117)

F. G. Reinhold.

Einige gebrauchte, vorzüglich erhaltene

Flügel und Pianinos

sind preiswürdig zu verkaufen Breitgasse 13.

(8095)

Carlshaller Viehsalz-Lecksteine

pro 1 Ctr. von ca. 18 Stck.

do.

loses Viehsalz pro Ctr. 25 Sgr.

offeriren die Niederlagen:

von **H. Ebert** im landwirthschaftlichen Depot in **Danzig**, Lastadie 36,

„ **Frdr. Silber** in **Elbing**, Hülligegeiststrasse,

„ **R. Bensemer** in **Marlenburg**, Ritterstrasse 93,

und die **Haupt-Niederlage für die Provinz Preussen** von

Rud. Malzahn, **Danzig**, Lange Markt 22.

(7871)

W. B. & C. Palgrave & Co.

in **DUBLIN**

empfehlen Rhedern und Capitainen ihr Schiffsmaklergeschäft; besorgen Clarirung, Frachtgelder-Incasso, Ungelder-Vorschüsse für Schiffe etc. etc., indem sie nur für sämtliche Dienste statt jeder anderen Provision drei Guineen berechnen. (8126)

Wasschuhe

in Atlas und Goldleder,

elegant garnirt,

empfehlen in großer Auswahl

(8153) **Vertell & Hunding**, Langgasse 72.

Eichene Borke,

100 Ctr., sucht sofort zu kaufen **N. Heggemann**, Marienwerder. (8141)

Eine complete **Honny-Equipage** (Honnywagen, 2 gute Pferde, Kummelgeschirr) ist Umstände halber sofort billig zu verkaufen (8131) **Borst**, Graben 2, part.

Masken-Garderoben für Damen

und Herren von

G. Sauer, Jovengasse 26.

Für 2 R. gebe ich Billet, Dominos, oder Mönchskutten und Gesichtslarven.

Das größte elegante

Masken-Garderobe-Lager

von

Louis Willdorff, Biegeing. 5,

empfehl billigt **Masken-Anzüge**, **Mönchskutten**, **Dominos**, **Larven**. Bärte etc.

Ein eiserner Braukessel

von 50 Tonnen Inhalt ist billig zu haben. Adressen beliebe man in der Expedition dieser Zeitung unter 8147 gefälligst einzureichen.

Ein Haus in Braunsberg,

mit einer blühenden Restauration, ist vorthelhaft zu verkaufen. Vermittelung durch **J. Ballmann** daselbst. (8091)

Ein Mühlen-Etablissement

in vorthelhafter Lage ist Familienverhältnisse halber unter günstigen Bedingungen zu verkaufen. Nähere Auskunft durch die Expedition dieser Zeitung unter No. 8097 franco.

Verkaufen. — Verpachten.

Eine Restauration in **Elbing**, bestehend aus fast neuem Mobiliar, gr. Saal, Gast-Garderobe, Neben- und Wohnzimmer, sowie Garten, Eiseller und Regellbahn, ist unter annehmbaren Bedingungen sofort zu übernehmen. Näheres: **Fischerstraße** No. 4 in **Elbing**. (8140)

200 Cub.-F. ferngefunde

eigene Bohlen, in 4", 3", 2" und 1 1/2" bestehend, durchschnittlich 10 1/2" breit, sind sofort zu verkaufen. Geeignete Offerten bitte franco an mich zu richten. (8138)

H. Gruhn

in **Elbing**, Fischerstraße No. 39.

Billiger Verkauf eines

Gasthauses in Elbing.

Das sehr gut gelegene Gasthaus, die „**Bergshalle**“ mit Regellbahn und schönem Garten ist sofort mit einer Anzahlung von 1000 Thlr. billig zu verkaufen. (8139)

H. Gruhn

in **Elbing**, Fischerstraße No. 39.

Ein rentables Materialgeschäft

am Markt gelegen, ist von Ostern ab zu vermieten. Adressen unter No. 7916 werden in der Expedition dieser Zeitung erbeten.

Ein anst. Mädchen w. bei einem Herrn od. Dame die Wirtschaft zu führen. Näheres: **Johannesgasse** No. 27, 3 Etz. (8154)

Verkauf einer Schönsärberet.

Veranlaßt durch den Tod meines Sohnes, bin ich gewillt, meine hier belegene Schönsärberet, mit welcher Druderei und Weberei verbunden ist, aus freier Hand zu verkaufen. Es gehören dazu 3 neue, eiserne Waidkuppen, 3 kalte Rüben, 11 kupferne und 1 zinn-plattirter Kessel, wobei 4 große 1 bis 2 Ctr. Wolle fassen, eine Dampfschneidemaschine zum Betriebe von 2 Tuchwaschmaschinen, eine Holzschneidemaschine, die Indigomühle u. s. w. und die mechanischen Webestühle.

Zahlungsfähige Käufer wollen sich mündlich oder schriftlich an den Unterzeichneten wenden, der jede nähere Auskunft ertheilen wird. (8081)

Zielenzig in der Neumark, den 25. Januar 1867.

Ernst Schultz, Schönsärber.

Freiwilliger Verkauf.

Das zum Rentier **Michael Fabian** 'schen Nachlaß gehörige, in der Stadt **Graudenz** auf der Fischeret No. 362 belegene Grundstück, bestehend aus einem zwei Stodwerke hohen, massiven Wohnhause, zwei Seitengebäuden, einer Remise, einem Stall, Hof und Garten, soll Namens der Erben aus freier Hand verkauft werden. Demzufolge habe ich im Auftrage derselben zur Entgegennahme von Geboten einen Termin auf den 19. Februar c., Vormittags 10 Uhr, in meinem Bureau angelegt, zu welchem ich Kaufliebhaber mit dem Bemerken einlade, daß die Kaufbedingungen im Termin werden bekannt gemacht werden. (7906)

Graudenz, 20. Januar 1867.

Schmidt, Justizrath.

Ein Gut von 600-1000 Morgen, guter warmer Boden, womöglich an der Ostbahn, wird sofort zu pachten gesucht. Selbstverpächter wollen ihre Adressen franco an die Expedition dieser Zeitung unter No. 8148 einreichen.

Inden lebhaftesten Städten

an der Ostbahn sind Häuser, in denen ein bedeutendes Material-, Eisen- und Kurzwaaren-Manufactur-, Kurz- und Weißwaaren-Geschäft und die Färberei mit dem besten Erfolge betrieben wird, zu verpachten. Letztere eignet sich auch zur Gerberei. Lage und Bedingungen sehr günstig, bei kleinen Anzahlungen. Vermittelung durch **J. Wallmann in Braunsberg**. (8091)

Einem hochgeehrten Publikum empfiehlt sich bei vorkommenden Gelegenheiten als geübte Friseur

Mathilde Kreuz,

Heiligegeistgasse No. 109.

Ein möbl. Zimmer ist an einen anständigen Herrn zu verm. **Scheibenergasse** 6, 1. Etz.

Ein militärfreier Wirthschafter

mit guten Zeugnissen findet auf dem Gute **Roswalle** bei **Wessn**, Kr. **Graudenz**, vom 1. April d. J. Stellung. (8121)

Ein anständiges Stubenmädchen mit guten Zeugnissen zu erfragen **Gr. Mählengasse** 11.

Im Anschluß an die vorjährigen Vorträge über die Geschichte Danzigs beabsichtigt der Unterzeichnete im Laufe des Monats Februar drei

Vorträge über die Geschichte Preußens unter dem

deutschen Orden

zu halten. Dieselben werden an den drei aufeinander folgenden Montagen, den 4., 11. und 18. Februar im großen Saale des Gewerbehauses stattfinden.

Billets à 1 R. für sämtliche und à 15 Gr. für einzelne Vorträge sind durch die in Umlauf gesetzten Subscriptionslisten und in der Buchhandlung von **Léon Sannier (A. Scheinert)** zu haben. (8152)

Dr. G. Prutz.

Verein junger Kaufleute.

Mittwoch, den 30. Januar, Abends 7 Uhr,

musikal.-declam. Soirée.

Gäste können eingeführt werden. (8047)

Der Vorstand.

Selonke's Etablissement.

Donnerstag, den 31. Januar:

Große Vorstellung und Concert.

Freitag, den 1. Februar: Benefiz für Herrn **Udemann** nebst Söhnen.

Danziger Stadttheater.

Donnerstag, den 31. Januar. (Ab. susp.)

Benefiz für **Frl. Marie Lehnbach**. Zum ersten Male: **Das Mitternachtsballet**. Lustspiel in 3 Acten von **N. Benedix**. Hierauf: **Reinhold und sein Mann**. Komische Operette in einem Act von **Suppé**.

Zu der am 2. Februar stattfindenden großen

Masken- und Carnevals-

Redoute

im Schützenhause habe ich in einem geheizten Nebenzimmer daselbst eine elegante Garderobe und große Auswahl Gesichtslarven (von 5 Gr. an) ausgestellt.

Bis zum 2., Abends 6 Uhr, gebe ich in meinem Geschäftslocal **Dominos**, **Larven**, **Billets** zusammen für 2 R. (8020)

Charles Haby.

Druck und Verlag von **A. W. Rasemann**

in Danzig.